



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
20.01.2010

**„It's time to say good bye“ –
München verabschiedet sich von der NATO-„Sicherheitskonferenz“**

Ich beantrage:

Die Stadt München setzt ein Zeichen gegen die weltweite Interventions- und Aggressionspolitik des westlichen Militärbündnisses. Der Stadtrat beschließt dazu:

1. Die in München stattfindende sogenannte „Sicherheitskonferenz“ wird künftig, d.h. ab dem Jahr 2011, zur unerwünschten Veranstaltung erklärt.
2. Die Stadt München wirkt auf die Veranstalter ein und ersucht sie, in Zukunft nach einem anderen Veranstaltungsort Ausschau zu halten.
3. Ebenso wirkt die Stadt auf Münchner Hotel- und Gaststättenbetriebe ein, um die Vermietung geeigneter Tagungsflächen an die Veranstalter der „Sicherheitskonferenz“ zu verhindern. Ein diesbezügliches Anschreiben des Oberbürgermeisters ergeht an alle in Frage kommenden Münchner Hotel- und Gaststättenbetriebe, die über geeignete Tagungs- und Unterbringungskapazitäten verfügen.

Begründung:

Im Rahmen der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ in München wurden und werden immer wieder wegweisende strategische Weichenstellungen des westlichen Militärbündnisses formuliert und diskutiert. Seit dem Ende der Blockkonfrontation wurde die Konferenz zunehmend zum Forum einer gesteigerten medialen und politischen Mobilisierung gegen vorgebliche Störenfriede der westlichen Globalstrategie – sei es 1999 gegen Jugoslawien, das wenig später vom NATO-Bündnis (einschließlich der Bundesrepublik) angegriffen wurde, sei es 2002 gegen den „Terror“ oder 2003 gegen den Irak, der wenig später ebenfalls völkerrechtswidrig von der westlichen Militärallianz angegriffen wurde.

b.w.

Dieses Jahr ist mit einem weiteren Kesseltreiben gegen den Iran und einer Verfestigung der westlichen Afghanistan-Strategie zu rechnen, die nach Einschätzung von Beobachtern dazu führen wird, daß Deutschland – gegen die ablehnende Haltung einer großen Mehrheit der Bevölkerung – noch mehr Bundeswehrsoldaten für den Afghanistan-Einsatz entsenden wird.

Schon solche politischen Signale sind verhängnisvoll genug und geeignet, München ins Visier terroristischer Gewaltakte zu rücken. Daß sich ausgerechnet eine rot-grüne Stadtratsmehrheit auch noch durch einen städtischen Empfang mit den Teilnehmern der „Sicherheitskonferenz“ solidarisiert – was in einem Antrag der Stadtratsfraktion der „Linken“ vom 30.12.2009 mit guten Gründen kritisiert wird -, setzt noch zusätzlich einen außerordentlich unpassenden Akzent, der in fataler Weise an das Einknicken der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Vorfeld der westlichen Jugoslawien-Intervention 1999 erinnert.

Solche Gesten und die freiwillig-unfreiwillige Verstrickung Münchens in die Plan-spiele des westlichen Militärbündnisses sind unverantwortlich und nicht länger hin-nehmbar. Für ein unmißverständliches Zeichen der Ablehnung in Richtung der welt-weiten Interventions- und Aggressionsstrategie der NATO ist es hoch an der Zeit.

Der hier vorgeschlagene Weg sieht deshalb den dauerhaften Abschied Münchens von der „Sicherheitskonferenz“ vor, den

1. die rot-grüne Stadtratsmehrheit eigentlich unschwer mit ihrem politischen Selbstverständnis vereinbaren können sollte und den
2. auch der Münchner Oberbürgermeister weithin sichtbar unterstützen sollte.

Eine bloße Ablehnung des städtischen Empfangs für die Teilnehmer der „Sicherheitskonferenz“, wie im Antrag der „Linken“ vom 30.12.2009 gefordert, ist hierfür al-lerdings eine völlig unzureichende Geste. Dem Münchner Oberbürgermeister wird stattdessen anempfohlen, sich darüber hinaus aktiv gegen weitere NATO-„Sicherheitskonferenzen“ in München zu engagieren, indem er sich z.B. mit der ganzen Au-torität seines Amtes bei Münchner Hotel- und Gastronomiebetrieben dafür verwen-det, daß den Veranstaltern der „Sicherheitskonferenz“ in der bayerischen Landes-hauptstadt keine geeigneten Tagungsräumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt werden – analog etwa zur Aufforderung an Münchner Gastwirte, „Rechtsextremisten“ keine Räumlichkeiten mehr für Konzerte, aber auch für private Geburtstagsfeierlich-keiten zur Verfügung zu stellen. Auch im Fall der NATO-„Sicherheitskonferenz“ sollte die Stadt souverän genug sein, ihren Willen in aller gebotenen Deutlichkeit zu doku-mentieren und zum Ausdruck zu bringen, daß es sich künftighin um eine uner-wünschte Veranstaltung handelt.

Auch die enormen Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen rund um die Konferenz könnten sich die Stadt München und der Freistaat Bayern durch den Abschied von dieser Institution künftig sparen. Die dadurch freiwerdenden Mittel könnten Stadt und Land – gerade in Zeiten knapper Kassen – weitaus sinnvoller verwenden.



Karl Richter
Stadtrat